

Schockwellen aus Fernost

Die Katastrophe in Japan zeigt, wie verletzlich die globale Wirtschaft ist. Doch der Schaden für die Weltkonjunktur ist verkraftbar – solange es nicht zum Super-GAU kommt.

Von Tokio bis nach Muldingen und Künzelsau sind es rund 9000 Kilometer, aber es dauerte nicht lange, da hatten die Schockwellen aus Japan auch die Ortschaften im Hohenlohekreis im Nordosten Baden-Württembergs erreicht. Viele erfolgreiche Mittelständler haben hier ihren Firmensitz, die Unternehmen EBM Papst und Ziehl-Abegg zum Beispiel, Nummer eins und Nummer zwei auf dem Weltmarkt für Ventilatoren und spezielle Lüftungsanlagen.

Normalerweise stehen die beiden Firmen in Konkurrenz zueinander, aber jetzt eint sie dasselbe Schicksal. Einer ihrer wichtigsten Zulieferer ist ausgefallen; es handelt sich um eine Computerchip-Fabrik von Toshiba im Norden Japans. Detaillierte Informationen über die Lage vor Ort fehlen. Doch nach allem, was die Firmenchefs gehört haben, sollen Erdbeben und Tsunami die Fabrik schwer beschädigt haben.

„Verzögert sich die Lieferung, kann das ganze Produktionsabläufe zum Erliegen bringen“, befürchtet Peter Fenkl, Vorstandsvorsitzender von Ziehl-Abegg. „Wir rechnen damit, dass unsere Bänder ein bis zwei Wochen stillstehen könnten“, sagt Hans-Jochen Beilke, Vorsitzender der Geschäftsführung von EBM Papst.

Das Ausmaß der Katastrophe in Japan ist noch längst nicht erfasst, doch es zeichnet sich bereits ab, dass der ökonomische Schaden beträchtlich ist. Normalerweise exportiert die drittgrößte Volkswirtschaft ihre Waren in jeden Winkel der Erde. Japanische Konzerne beliefern die Welt-



Börsenanzeige in Tokio
Spekulant und nervöse Anleger

märkte mit modernen Speicherchips, Fernsehflachbildschirmen, Kameras und Mittelklasseautos. Die französische Bank Crédit Lyonnais schätzt, dass etwa ein Fünftel aller Hightech-Erzeugnisse weltweit aus Japan stammt.

Nun ist die Produktion durch das verheerende Erdbeben, den Tsunami und die vielerorts unterbrochene Stromversorgung ins Stocken geraten – und es dürfte noch sehr viel schlimmer kommen, sollten die Versuche zur Rettung der beschädigten Atomreaktoren scheitern.

Währungsspekulanten heizen die Nachfrage nach Yen an, weil sie damit rechnen, dass der Wiederaufbau des Landes Milliardenbeträge kosten wird. Nervöse An-

leger lassen die Aktienkurse in New York, Frankfurt und Tokio Achterbahn fahren. In den düstersten Szenarien der Wirtschaftsexperten ist von einer globalen Rezession die Rede, von einer „globalen Monsterwelle“ und einem „nuklearen Winter für die Wirtschaft“, wie es ein Frankfurter Wertpapierhändler vergangene Woche ausdrückte.

Von Japan hat die Welt einst gelernt, wie eine moderne Fabrik funktioniert. Nun sind es ausgerechnet japanische Zulieferer, bei denen die Wertschöpfungskette abreißt. Das Getriebe, das Porsche in seinem Geländewagenmodell Cayenne verbaut, kommt von japanischen Hersteller Aisin, doch dort ist die Produktion gestört. Ein wichtiger Speicherchip im iPad von Apple stammt aus einer nun beschädigten Toshiba-Fabrik. Opel hat angekündigt, dass im Werk Eisenach bereits diese Woche Schichten ausfallen müssen, weil ein japanisches Bauteil für den Opel Corsa fehlt.

Es zeigt sich, wie verletzlich die globalisierte Wirtschaft ist, zumal auch die Handelswege gestört sind. Containerfrachter von Hapag-Lloyd können den zerstörten Hafen von Sendai nicht mehr anlaufen. Lufthansa Cargo fliegt Tokio wegen der Verstrahlungsfahrer nicht mehr regelmäßig an. Doch die Fabriken sind auf steten Nachschub angewiesen, seit sie aus Kostengründen keine eigenen Lager mehr unterhalten. Ihre Vorräte reichen oft nur noch für wenige Tage. Das macht sie so anfällig.

Bei den Weltmarktführern EBM Papst und Ziehl-Abegg im Hohenlohekreis hängt die Fertigung jetzt von wenigen elektronischen Bauteilen ab. Im Einkauf kosten diese oft nur ein paar Cent. Doch ohne die Transformatoren, Widerstände und Speicherchips aus japanischer Produktion funktionieren weder die Lüftungsvorrichtungen in Laptops und Automotoren noch die Klimaanlage für New Yorker Hochhäuser oder Pilgerhotels in Mekka.

„Es wird Auswirkungen geben“, sagt Ziehl-Abegg-Chef Fenkl. Die Auftragsbü-

Wichtig für die Weltwirtschaft

Die größten Exportnationen, Güter in Mrd. Dollar, 2010

Quelle: WTO

China	1578
USA	1278
Deutschland	1268
Japan	770
Niederlande	572
Frankreich	520
Südkorea	466
Italien	447
Belgien	411
Großbritannien	404

Japans Exporte nach Branchen

Anteile in Prozent, 2009

Quelle: Statistikamt Japan

Elektrotechnik/Elektronik	25,1
– darunter Unterhaltungselektronik	3,6
Maschinenbau	22,6
– darunter Energieanlagen	4,3
Autoindustrie inkl. Zweiräder	16,3
Metallindustrie	8,6
Chemische Produkte	5,2
Schiffbau	4,8
Feinmechanik, Optik	3,8
Textilien und Bekleidung	1,4

Ziele japanischer Exporte

Anteile in Prozent, 2009

Quelle: Statistikamt Japan

China	18,9
USA	16,1
Südkorea	8,1
Taiwan	6,3
Hongkong	5,5
Thailand	3,8
Singapur	3,6
Deutschland	2,9
Niederlande	2,3
Malaysia	2,3

cher sind voll, die Lager aber leider nicht. Und selbst wenn es gelingt, rechtzeitig an neue Ware heranzukommen, ist die Gefahr für die Wirtschaft nicht gebannt. „Was würde es nützen, wenn wir unsere Ventilatoren termingerecht an einen Autohersteller liefern, dort aber ein anderer Zulieferer mit den Benzinpumpen im Verzug ist, weil ihm Elektronikteile aus Japan fehlen?“, fragt Fenkl.

Dabei ist der drohende Schaden für deutsche Unternehmen noch gering, jedenfalls im Vergleich zur Wirtschaft Asiens und Nordamerikas. Das Handelsvolumen zwischen Japan und der Bundesrepublik beträgt etwa 35 Milliarden Euro im Jahr. Das ist ein Bruchteil des Warenwerts, der zwischen Japan und China abgerechnet wird.

Etwa 200 Milliarden Dollar wird es nach Expertenschätzung kosten, die von

„Das würde die Finanzmärkte erschüttern und könnte den Aufschwung der Weltwirtschaft zum Stillstand kommen lassen.“

Die Schweizer Privatbank Sarasin rechnet im schlimmsten Fall damit, dass Japan auf Dauer etwa zehn Prozent seiner Wirtschaftskraft verliert, sollten größere Landesteile verstrahlt werden. Das weltweite Wachstum würde dadurch um etwa ein Prozentpunkt gedämpft.

Wie unsicher die Lage ist, zeigt sich derzeit auf den Aktien- und Devisenmärkten. Der Leitindex der Tokioter Börse verlor Anfang vergangener Woche zunächst fast 15 Prozent, begab sich dann aber auf eine Art Berg- und Tal-Fahrt. Bei Börsenschluss am vergangenen Freitag hatten viele Unternehmen einen Teil der Verluste vom Wochenbeginn wieder aufgeholt.



Verwüsteter Hafen in Sendai: Der Wiederaufbau wird Jahre dauern

Erdbeben und Tsunami angerichteten Schäden zu beseitigen und das in Teilen zerstörte Land wiederaufzubauen. Es wird Jahre dauern, aber die Fachleute halten es für eine lösbare Aufgabe. Der Wiederaufbau von Kobe nach dem verheerenden Erdbeben im Jahr 1995 kostete rund hundert Milliarden Dollar und erwies sich als eine Art Konjunkturprogramm für die japanische Wirtschaft.

Ganz anders sieht es aus, sollte es bei den beschädigten Reaktoren in Fukushima zum Super-GAU kommen. Weite Teile Japans würden dauerhaft unbewohnbar. Es wäre ein Schock, den die Welt so schnell nicht verkraften könnte.

„Es wäre eine Situation, die vergleichbar mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ist“, sagt Klaus-Jürgen Gern vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz-Versicherung, prognostiziert:

Wer zunächst erwartet hatte, der japanische Yen werde in Zeiten der Not unter Druck geraten, sah sich getäuscht. Das Gegenteil trat ein; der Yen wurde teurer und teurer.

Vergangenen Donnerstag gab es für einen US-Dollar gerade noch 76 Yen, so wenig wie nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs; dann reichte es den Finanzministern und den Notenbankchefs der wichtigsten Industrienationen. In einer gemeinsamen Aktion warfen sie Yen auf den Markt. Auf diese Weise gelang es zumindest vorläufig, die Aufwertung des Yen zu stoppen – zur Erleichterung der japanischen Exportunternehmen. Gerade in der Krise sind sie darauf angewiesen, ihre Produkte zu einem vernünftigen Preis auf dem Weltmarkt verkaufen zu können.

Das gilt freilich nur, wenn sie überhaupt noch Waren produzieren.

PETER MÜLLER, ALEXANDER NEUBACHER

FINANZPRODUKTE

Zocker vom Amt

Mit komplexen Zinswetten verloren Anleger Milliarden. Für die Banken waren solche Papiere ein gutes Geschäft. Das könnte sich bald ändern.

Für die einen ist er der größte Zocker der Stadt, für die anderen ein Haushaltsgenie. Markus Mütsch (CDU), Finanzbürgermeister im sächsischen 34 000-Einwohner-Ort Riesa, hat auf die Entwicklung der türkischen Lira gesetzt und einst sogar auf den Yen. „Da bin ich aber wieder raus“, sagt er.

Dass solche Geschäfte andere Kommunen fast in den Ruin trieben, bringt Mütsch nicht aus der Ruhe. Gerade stehen seine Zins- und Währungswetten zwar sieben Millionen Euro im Minus, aber sie laufen ja noch. Und sie werden gut ausgehen, da ist er sicher. „Man muss sich mit den Dingen beschäftigen“, sagt er. Auf seinem PC könne er „in zehn Sekunden“ alle notwendigen Zahlen aufrufen. So habe er „alles im Griff“ – und könne viel Geld sparen.

Viele seiner Kollegen hatten allerdings gar nichts im Griff. In der Finanzkrise verloren Kommunen wie beispielsweise Pforzheim in wenigen Monaten zweistellige Millionensummen mit sogenannten Swaps, die auf Zins- und Währungsdifferenzen setzen. Auch viele Unternehmer und Privatanleger machten damit verheerende Verluste.

Mittlerweile wird vor Gericht darüber gestritten, wer die Verantwortung dafür trägt: die Kunden, die – in vielen Fällen mit öffentlichen Geldern – Produkte kauften, die sie nicht verstanden? Oder die Banken, die ihnen die gefährlichen Papiere andrehten?

Eine erste Antwort will in dieser Woche der Bundesgerichtshof geben, er beschäftigt sich in gleich acht Verfahren mit einer besonders gefährlichen Zinszockerei: Bei „Spread Ladder Swaps“ wird auf den Abstand von verschiedenen Zinskurven gewettet.

Im ersten Fall wird das Urteil am Dienstag verkündet. Es geht dabei um eine überschaubare Summe, zumindest aus Bankersicht: Wilhelm Blatz, Hersteller von Papierhandtuchspendern, will 540 000 Euro Schadensersatz von der Deutschen Bank. Der Vorsitzende Richter Ulrich Wiechers wurde allerdings schon vor seinem endgültigen Urteil grundsätzlich. Das Produkt, das dem Mann empfohlen wurde, sei eine „spekulative Wette“. Die Bank – die über Risiken informiert haben will – hätte zudem über die enormen Beträge aufklären müssen, die sie bei dem